

Schweres Eisenbahnunglück in Nordamerika.
Philadelphia, 3. Juli. In Winslow (New-Jersey) stürzte ein mit 100 Kilometer Geschwindigkeit fahrender Schnellzug teilweise eine Böschung hinab. Bis jetzt wurden 9 Tote, darunter der Lokomotivführer und der Heizer, und 75 Schwerverletzte festgestellt.

Deutschland.

Ein Aufschlag auf Maximilian Harden.

Berlin, 3. Juli. Gegen 8 Uhr abends wurde Maximilian Harden in der Nähe seiner Wohnung von 2 Männern überfallen und mit Faustschlägen bearbeitet. Harden trug 5 Kopfverletzungen davon und wurde bewußtlos in seine Wohnung gebracht. Ein vermutlicher Täter wurde verhaftet.

Freispruch im Leipziger Kriegsbeschuldigtenprozess.

Leipzig, 3. Juli. Heute Mittag gegen 1 Uhr wurde im Kriegsbeschuldigten-Prozess gegen den Berliner Arzt, Dr. Michelson vom Reichsgericht das Urteil verkündet. Da für die Schuld des Angeklagten durch die Verhandlungen ein Beweis nicht erbracht werden konnte, wurde der Angeklagte freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Reichskasse.

Der Hochverratsprozess gegen den Freiherrn von Leoprechting in München.

München, 3. Juli. Vor dem Volksgericht München begann heute der politische Prozess gegen Freiherrn von Leoprechting wegen Hochverrats. Nach der Anklageschrift stand Leoprechting im engen Verkehr mit dem französischen Gesandten in München, Dard. Seine Bestrebungen gingen dahin, Süddeutschland von Norddeutschland zu trennen, was durch eine militärische Besetzung der Mainlinie seitens der Franzosen herbeigeführt werden sollte. Der Angeklagte erhielt vom Sommer 1920 bis zur Zeit seiner Flucht aus München im Jahr 1922 von Dard monatlich 3000 Mark regelmäßig ausbezahlt. Ein Zentralbüro, das sich mit Propaganda und Sammlung von Nachrichten befasste, sollte im Schloß der Mutter des Angeklagten in Neu-Deiting eingerichtet werden. Um die Verbindung zwischen Süd und Nord zu fördern, gab Leoprechting Denkschriften mit unwahrem Inhalt heraus. Er beantragte ferner polizeiliche Überwachung Bayerns durch die Organe des Reiches. Der Angeklagte bestritt bei dem Verhör, sich des Verbrechens des Hochverrats schuldig gemacht zu haben. Er gab aber zu von Dard fortlaufend Geldunterstützungen erhalten zu haben. Auch die Organisationspläne seien teilweise richtig. Die Behauptung, er habe mit gefälschten, angeblich vom Kronprinzen Rupprecht herrührenden Schriftstücken operiert, widerrief der Angeklagte später als unwahr. Die Verhandlung wird voraussichtlich die ganze Woche in Anspruch nehmen.

München, 3. Juli. Im weiteren Verlauf des Prozesses Leoprechting erklärte der Angeklagte über seine Beziehungen zu dem französischen Gesandten in München, Dard, daß er von diesem im ganzen 50 000 Mark erhalten habe. Die von Dard vertretene Politik sei eine Separationspolitik gewesen, deren unbedingte Anhänger auch die französischen Generäle im Rheinland seien. Seit dem Sommer 1921 habe Dard keine Separationspolitik mehr getrieben. Zur Förderung des Separationsgedankens habe Dard vergeblich versucht, eine Anzahl bayerischer, württembergischer und badischer Zeitungen zu bestechen. Im weiteren Verhör wurde auch auf ein von Leoprechting verfaßtes und von ihm Dard übergebenes Exposé eingegangen, in dem ein ganzer Organisationsplan ausgearbeitet ist, der sich auf Süddeutschland, einen Teil Ostpreußens und Tirols erstreckt.

München, 4. Juli. Im weiteren Verlauf der Verhandlung erklärte der Angeklagte, in politischen Dingen dürfe man sich auch solcher Mittel bedienen, die im bürgerlichen Leben unzulässig seien. Er habe aus politischen Beweggründen gehandelt. Der Vorliegende wies auf das Unzutreffende dieser Behauptung hin und hob das Doppelspiel des Angeklagten gegenüber Dard und der Reichsregierung hervor. Der Angeklagte behauptete weiter, das von ihm angefertigte Exposé sei nicht für Dard bestimmt gewesen. In diesem Exposé ist der Generalsplan für die halbige Kostrennung Bayerns, Württembergs und Badens vom Reich enthalten. Weiter wird in ihm die Entfaltung eines heftigen Kulturkampfes empfohlen, um Zwietracht zwischen Süd und Nord zu säen.

Beginn des Prozesses gegen die Attentäter auf Miljukow.

Berlin, 3. Juli. Vor dem Schwurgericht begann heute der Prozess wegen des am 28. März in der Philharmonie verübten politischen Mordanschlags auf den Professor Miljukow, welchem der Chefredakteur Rabolow zum Opfer gefallen war. Die Anklage lautet auf versuchten Mord, Totschlag und Körperverletzung und richtet sich gegen den Schriftsteller v. Schabitzki Bork und den Schriftsteller Labortzki.

Tausendjahrfeier der Stadt Goslar.

Goslar, 3. Juli. Die Tausendjahrfeier der ehemaligen Kaiser- und Freien Reichs- und Hansestadt Goslar ist unter riesigem Zudrang von Fremden in bester Eintracht begangen worden. Die Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden, Vereine usw. versammelten sich gestern im großen Saal des althistorischen Kaiserhauses. U. a. waren erschienen: Finanzminister Dr. v. Richter, Minister für Handel und Gewerbe Siering, Oberpräsident Koske, das Präsidium des preussischen Landtages, mit Präsident Reinert an der Spitze, zahlreiche Abgeordnete des Reichstags und des Landtags. Minister v. Richter sprach im Namen der Staatsregierung der Stadt die Glückwünsche für das beginnende zweite Jahrtausend ihres Bestehens aus. Der Minister wies darauf hin, daß gerade in den jetzigen für Deutschland so gefährlichen Zeiten aus der Vergangenheit Goslars die Lehre gezogen werden müsse, daß nur ein enger Zusammenschluß aller Klassen und Schichten aus einer besseren Zeit ausgeschöpfen könne. Minister Siering betonte, daß wir uns damit abfinden müßten, daß der Weg aus den Nöten unserer Tage nur durch langsame und mühselige Arbeit überwunden werden könne. Oberbürgermeister Reinert (Hannover) überbrachte die Wünsche des preussischen Landtags, des deut-

schon, preussischen u. hannoverschen Städtetage und teilte mit, daß der hannoversche Städteverein als Festgabe die Rathausfenster der Stadt Goslar mit den Wappen der hannoverschen Städte schmücken lassen werde. Abg. Senator Beythien (Hannover) sprach für den deutschen Reichstag und Gerstenberg (Hildesheim) als Vertreter des Vereins deutscher Zeitungsverleger. Dr. Freslaum (Goslar) stellte zum Schluß allen denen den Dank der Stadt ab, die an dem Gelingen der Tausendjahrfeier mitgewirkt hatten, und versäumte nicht in seine Rede einen flammenden Protest gegen die Schuldfrage unserer Feinde einzuschleusen. Nachmittags fand ein großer historischer Festzug statt. Die Stadt Goslar hat aus Anlaß der Feier 500 000 M. für Wohlfahrtsanstalten ausgeworfen.

Buchdruckerstreik in Berlin.

Berlin, 1. Juli. Die Generalversammlung der Buchdruckergehilfen Groß-Berlins hat beschloffen, heute mittag um 12 Uhr die Arbeit in allen Betrieben niederzulegen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. Juli 1922.

Jurisdiktion einer Strafverfolgung.

Wie uns mitgeteilt wird, ist die gegen 10 Herren von Vorstand u. Ausschuss des Haus- und Grundbesitzervereins ausgesprochene Strafe wegen Aufreizung gegen eine ministerielle Verordnung zurückgenommen worden. Die Kosten des Verfahrens übernimmt die Staatskasse.

Feuerlöschprobe auf dem Brühl.

Am vergangenen Sonntag fand auf dem Brühl hier eine Löschprobe mit dem bekannten Minimag-Apparat statt. Die Probe gelang, wie uns von Zuschauern berichtet wird, ausgezeichnet. Auch die anwesenden Vertreter der Behörden und Feuerwehr sprachen ihre Anerkennung aus.

Von der deutschen Kinderhilfe.

Ueber die Sammlung und Verwendung der Mittel der Deutschen Kinderhilfe, der Volksammlung für das nollebende Kind vom Jahre 1920/21, liegt nun ein abschließender Bericht der Reichsgeschäftsstelle in Berlin vor, dem wir folgendes entnehmen: Das Ergebnis der Sammlung betrug in ganz Deutschland insgesamt 64 489 391 M., in Württemberg allein 2 701 133 M. Die ermittelten Gelder verblieben zu 40 Prozent beim Orts- bzw. Kreisauschuss, zu 40 Prozent wurden einem Reichsausgleichsfonds, der von der Reichsgeschäftsstelle verwaltet wurde, zugeführt. Die Gesamtkosten betragen 1 236 888 M. = 1,8 Proz. des Sammelergebnisses. Die Unkosten der einzelnen Landes- und Unteraussschüsse betragen insgesamt 1 236 888 M. = 1,8 Proz. des Sammelergebnisses. Dieses außerordentlich günstige Verhältnis rührt daher, daß fast überall die Arbeit ehrenamtlich geleistet wurde. Für Württemberg ist das Ergebnis dank der Organisation der Zentralkommission für Wohltätigkeit und der tatkräftigen Unterstützung durch Einzelpersonlichkeiten und charitative Landesverbände noch günstiger. Hier betragen die Unkosten insgesamt nur 12 382,59, also ungefähr 0,5 Proz., demnach nicht einmal ein Drittel des Reichsdurchschnittes. In Württemberg erhielten von den zwei Fünfteln der Sammlung, die dem Landesauschuss zuzufloßen, die Anstalten, Verbände und Vereine, die sich in Württemberg mit der Jugendpflege befassen, 500 000 M. einschl. der wertvollen Textilspende der Textilfabrikanten Württembergs, die in dem oben genannten Sammelergebnis nicht enthalten ist. Der Rest der Landesmittel wird für die offene Fürsorge verwendet unter Verteilung der verfügbaren Mittel auf die Jahre 1921/22, 1921 wurden auf die Einzelsfürsorge für gesundheitlich gefährdete Kinder ca. 558 000 M. verwendet, wozu noch ca. 116 000 M. Beiträge der Bezirke an Krippen, Kleinkinderschulen, Waisenheime usw. kommen. Mit diesen Mitteln wurden in 50 Oberämtern — von 14 Bezirken stehen noch Berichte aus — 693 Kindern eine Solbadkur ermöglicht, 1087 Kinder in einem Ferienheim (einschl. Heuberg), 132 Kinder in einer Lungenheilstätte untergebracht und 223 Kinder einem sonstigen Heilverfahren zugeführt oder ihnen eine Operation, eine ärztliche Behandlung oder die Schaffung orthopädischer Hilfsmittel ermöglicht. Gerade in den letzten Jahren wurden teilweise ziemlich hohe Beiträge, bis zu 400 M. und mehr bewilligt. Eine große Anzahl Kinder haben sonstige Beiträge erhalten. Als Durchschnittsbeitrag darf etwa 75 M. angenommen werden. Unter Zugrundelegung dieser Zahlen kann gesagt werden, daß die Deutsche Kinderhilfe in Württemberg im Jahre 1921 rund 7500 Kindern im Lande wirksame Hilfe gebracht hat. In der deutschen Kinderhilfe ist zum erstenmal ein durchgreifender Versuch zur Selbsthilfe des deutschen Volkes an seiner bedrohten Jugend gemacht worden, aber so reich auch die eingegangenen Mittel waren, so konnte doch nur ein kleiner Bruchteil der herrschenden Not gelindert werden und die Deutsche Kinderhilfe darf nur als ein erster, allerdings vielversprechender Schritt auf dem Wege der Selbsthilfe angesehen werden.

Krankheitsstatistik.

In der 24. Jahreswoche vom 11.—17. Juni wurden aus ganz Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten gemeldet: Diphtherie 29 (tödtlich 0), Kinderheftfieber 7 (0), Trachom 1 (0), Lungen- und Kehlkopfverl. 16 (33), Ruhr 1 (0), Scharlach 33 (0), Typhus 4 (0).

Zeugnissnoten an den höheren Schulen.

Am Anstimmigkeiten und Ungleichheiten zu begegnen, die sich in der Erteilung der allgemeinen Zeugnisse bei den höheren Schulen herausgebildet haben, hat die Ministerialabteilung angeordnet, daß mit Wirkung vom Schuljahr 1922 an für die Zeugnisse im Verhalten, häuslichem Fleiß und Aufmerksamkeit folgende Stufenleiter angewendet wird: I vorzüglich, II lobenswert, III nicht ganz befriedigend, IV tadelnswert. Die Note vorzüglich soll nur als Auszeichnung gegeben werden. Die Note lobenswert gilt als Normalzeugnis, das im Betragen auch bei leichteren Umständen nicht ausgenüßten sein soll. Bei häufigen Arreststrafen oder schweren Verfehlungen, insbesondere bei Körperstrafe, ist im Betragen höchstens die Note „nicht ganz befriedigend“ zulässig. Bei schweren Körperstrafen muß die Note tadelnswert angewendet werden.

Geordneter Badebetrieb.

Das Ministerium des Innern hat die Oberämter beauftragt, darauf hinzuwirken, daß das Baden in ungenügender Badekleidung, das Herumtreiben von Badenden außerhalb der Baderplätze, insbesondere auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie jede Belästigung anderer Personen verboten ist. Die Klagen des Vorjahres bezogen sich hauptsächlich auf ungenügende Badekleidung und auf schamloses Benehmen. So wenig den berechtigten Ansprüchen auf ungehinderte Benutzung der bestehenden Badergelegenheiten, die im Interesse der Stärkung der Gesundheit und der Erholung nur zu begrüßen sei, zu nahe getreten werden soll, so müsse doch unbedingt verlangt werden, daß die belästigten Auswüchse unterbleiben. Die Ortspolizeibehörden seien anzuweisen, durch Schaffung nach Geschlechtern getrennter Ankleideräume, geeigneter Aufsicht und durch Vorgehen gegen Ungehörigkeiten für die erforderliche Ordnung zu sorgen.

Zweiter württ. Arztetag.

Die gemeinsame Tagung des württ. Arztverbandes und des württ. Landesvereins fand am 28. und 29. Juni in Ulm statt. Neben den Delegierten der württ. Ärztevereine und zahlreicher Ärzte aus allen Teilen des Landes waren der Verband der Ärzte Deutschlands, die Bayer. Landesärztekammer, die Badische württ. Landesärztekammer und der württ. Provinzialverband durch ihre geschäftsführenden Ärzte vertreten. Der erste Tag war wirtschaftlichen, der zweite wissenschaftlichen und Standesfragen gewidmet. Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Ärzteverbandes stand die Frage der ärztlichen Weiterbildungsmöglichkeiten. Laub gegen alle Warnungen der Ärzte, hat die deutsche Regierung während des Krieges weit über den Bedarf Notapprobationen gefördert, die deutschen Ärzte aus Schlaf-Lothringen, Posen und Oberschlesien wurden vertrieben, zahlreiche Offiziere ergriffen das Studium der Medizin und die deutsche Heimat ist enger geworden. Eine beantragte Ueberfüllung des ärztlichen Berufs ist die Folge. Die Not der Zeit bedingt, daß junge Ärzte schneller wie früher ins praktische Berufsleben hineindrängen. Die Versammlung beschloß, die lädenlose Durchführung der freien Arztwahl bei allen deutschen Krankenkassen zu verlangen. Bis zur Beseitigung dieses Hindernisses für die gleichmäßige Verteilung der Ärzte soll der württ. Ärzteverband ernannt werden, in ganz besonders gefährdeten Bezirken Württembergs im Einvernehmen mit dem Verband der Ärzte Deutschlands vorübergehend Wartezeiten für den Eintritt in die Kassenpraxis für neu zuziehende Ärzte festzusetzen. Ueber die Stellung der Organisation zu den Krankenkassen wurde mitgeteilt, daß es gelungen ist trotz aller Meinungsverschiedenheiten über die Anpassung der Honorare an die Leistung, den Frieden aufrecht zu erhalten. An der Forderung der Erhöhung der Honorare im Verhältnis der Steigerung der Reichsteuernindizes wurde grundsätzlich festgehalten, der für das zweite Vierteljahr ergangene Schiedsspruch gebilligt. Die im vorigen Jahr geschaffene Versorgungskasse weist einen günstigen Vermögensstand auf. Sie konnte durch freiwillige Renten aus ihrem Unterstützungsfonds in mehreren Fällen dringender Not steuern. Unter allen ähnlichen Einrichtungen Deutschlands steht die Versorgungskasse bei weitem an erster Stelle. Zum erstenmal erörtert wurde der Gedanke der Schaffung ärztlicher Erholungsheime. Der Vorstand erhielt Vollmacht, das Ziel weiter zu verfolgen. Zunächst sollen Arztfamilien und Arztwitwen auf dem Lande gewonnen werden, Stadtärzte in ihrem Urlaub in Pension zu nehmen. Die Öffentlichkeit soll aufgeklärt werden, daß sie es dem Arzt nicht verbietet, wenn er seinen Urlaub an seinem Wohnort verbringt und die Patienten an seinen Vertreter verweist. Auch der Arzt braucht den Erholungsurlaub notwendig. Die Kasse des Verbands zeigte ein günstiges Ergebnis. Der Uebererschuss wurde zum Teil der Versorgungskasse und dem Hauptverband zugeführt. Professor Veiel-Ulm berichtete über neue Anschauungen in der Behandlung der Zuckerkrankheit. Von der ausschließlichen Ernährung der Zuckerkranken mit Fett und Eiweiß und der Vermeidung aller Kohlehydrate ist man abgekommen. Vielversprechende Wege hat die Forschung durch neue Diätgrundzüge eröffnet, wobei Karamelluren ganz besondere Erfolge zu erzielen scheinen. Professor Birk-Lüdingen berichtete über die Vorbeugung der Rachitis. Natürliche Ernährung ist die beste Vorbeugung, künstliche Höhen-sonne hat sich als vorzügliches Heilmittel bewährt. Obermedizinalrat Dr. Guant sprach über das ärztliche Fürsorgewesen. Auf dem Gebiet der Schulkinderfürsorge war Württemberg führend, indem es den Oberamtsarzt zum Schularzt machte. Die gesamte Fürsorgetätigkeit ist unter Aufhebung der zusammengelegten Oberamtsbezirke unter die Leitung der Oberamtsärzte zu stellen. Eine Fürsorgeschweife kann nur unter ärztlicher Aufsicht und Kontrolle zweckmäßig arbeiten.

Wetterbericht für Mittwoch und Donnerstag.

Süddeutschland befindet sich im Bereich eines Hochdrucks, der sich neuerdings wieder verstärkt hat. Am Mittwoch und Donnerstag ist fortgesetzt trockenes und warmes Wetter bei vereinzelter Gewitterneigung zu erwarten.

Sport und Spiel.

Der Sport am Sonntag.

(S.W.) Stuttgart, 3. Juli. Ein fußballer Sonntag! Auch ein Ereignis, das besonders registriert zu werden verdient. Die Verbands- und Meisterschaftsspiele sind abgeschlossen, bis auf die Entscheidung um die deutsche Meisterschaft. Das Verbandsjahr in den Fußballvereinen beginnt neu. Nur eine größere Entscheidung wurde im Länderspiel Ungarn-Deutschland ausgetragen. Sie brachte mit 0:0 kein entschiedenes Ergebnis. Umso mehr blühten am Sonntag andere Zweige des Sportes, die Leichtathletik, der Radsport und der Wassersport. Zahlreiche einzelportliche Veranstaltungen, mit teilweise örtlichem Einschlag fanden statt. In der Turnerschaft wird mit Hochdruck auf das 40. Kreisturnfest des 11. Turnkreises Schwaben in Göttingen gearbeitet. Im Vereinswettbewerb beteiligen sich dort 168 Vereine mit 3528 Turnern, am Fünfkampf 791, am Zehnkampf 116 Turner, außerdem 58 Vereine mit 955 Turnerinnen.

Olympische Wettkämpfe der württ. Schutzpolizei.

(S.W.) Stuttgart, 3. Juli. Die sportlichen Wettkämpfe der Schutzpolizei finden heute vom 7.—9. Juli statt. Sie beginnen am Freitag mit Schwimmwettkämpfen und Ausdauerwettkämpfen im Lud-

nen, Reichlatethtik, Ringen, Bogen und Stennen auf den Spielplätzen in Degerloch. Am nächsten Sonntag finden dann die Entscheidungskämpfe statt, ferner ein Gepärdmarisch und große Schauvorführungen von etwa 500 Teilnehmern.

Turnfest.

(S.C.B.) Eningen u. A., 3. Juli. Der A. Schalmturngau feierte sein 60jähriges Jubiläum mit einem Gauturnfest hier. An den Einzelwettkämpfen beteiligten sich 650 Turner und 100 Turnerinnen, am Vereinswettkampfen über 1000 Personen.

(S.C.B.) Stuttgart, 3. Juli. Wie mitgeteilt wird, sprach am Montag nachmittag eine Abordnung von Vertretern der Vereinigten Gewerkschaften die der Sozialdemokratie, der U.S.P. und der A.P. angehörten, beim Staatspräsidenten vor, der sie im Beisein des Justizministers Wolz empfing. Sie erbat Auskunft über die Art der Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten, über die Befestigung verbotener Waffenlager, über die Verhaftungen aus Anlaß des letzten Metallarbeiterstreiks und über die Entfernung der Hoheitszeichen des alten Staates. Der Staatspräsident sicherte eine loyale Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten zu. An der Befestigung verbotener Waffenlager, wenn solche noch vorhanden sein sollten, habe die Regierung selbst das größte Interesse. Wenn ein Abgeordneter in der Lage sein sollte, ein dergleichen Waffenlager der Regierung bekanntzugeben, so wird er zur Mitwirkung bei der Aufklärung herangezogen werden. Was die aus Anlaß des Metallarbeiterstreiks erfolgten Verhaftungen betrifft, so erklärte sich Justizminister Wolz bereit, innerhalb seiner Zuständigkeit durch Anweisung der Staatsanwaltschaft darauf hinzuwirken, daß die Untersuchungshaft nach Möglichkeit beschränkt werde. Zur Befestigung der Hoheitszeichen des alten Staates erklärte sich der Staatspräsident bereit, eine neue Verfügung der Gesamtregierung zu veranlassen. Die Vertreter der Gewerkschaften sagten einen ruhigen geordneten Verlauf der Demonstration am Dienstag zu.

(S.C.B.) Stuttgart, 3. Juli. Das Bezirkskartell der Freien Gewerkschaften, der A.S.B. und die drei sozialistischen Parteien veranlaßten am Dienstag nachmittag im ganzen Land Demonstrationen unter der Devise: Schutz der Republik, Kampf gegen die Reaktion. Gleichzeitig werden die bekannten Forderungen der drei Arbeiterparteien erhoben. Von 3 Uhr ab soll die Arbeit ruhen. Von 4—5 Uhr ruht in Stuttgart der Straßenbahnbetrieb. Die Demonstration findet im Hof des neuen Schlosses statt, im Anschluß daran ein Demonstrationzug durch verschiedene Straßen.

(S.C.B.) Stuttgart, 3. Juli. Der Landesverband Württemberg des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in einer Sitzung zu den von den drei sozialistischen Parteien für Dienstag geplanten Demonstrationen Stellung genommen. Entsprechend der von Berlin erteilten Weisung richtet der Landesverband an die Mitglieder der angeschlossenen Verbände (Christl. Gewerkschaften, Gesamtverband deutscher Angestellten- und Beamten-Gewerkschaften) die Aufforderung, sich an diesen Kundgebungen nicht zu beteiligen. Der Verband stehe auf dem Standpunkt, daß in der gegenwärtigen erregten Zeit alles vermieden werden müsse, was die politischen Leidenschaften noch mehr aufreizt und die Gefahr schwerwiegender politischer Unruhen in sich birgt. Das deutsche Volk brauche vor allem eine ruhige Entwicklung des staatlichen Lebens, einen ungestörten Weiterbestand der Republik und Verfassung und den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Die unter dem Druck der Kommunisten aufgestellten Forderungen würden anscheinend auf eine Befestigung der gegenwärtigen Regierung und ihre Einsetzung durch eine einseitige Diktatur hinauslaufen, was zweifellos die größten innerpolitischen Kämpfe heraufbeschwören, die Entwertung unseres Geldes und damit das Teuerungselend zur Katastrophe entwickeln lassen müßte. Der Deutsche Gewerkschaftsbund werde mit allen gesetzlichen Mitteln eintreten für die Verfassung und gegen politischen Meuchelmord gegen jede Diktatur, für wahren Frieden und Volksgemeinschaft, gegen den Versailles Vertrag, gegen die Reaktion und für sozialen Fortschritt.

Auf schiefer Ebene.

Roman von Johannes van Dewall.

Es mußte eine Aenderung eintreten. . . Aber wie? — Er hatte gehofft, daß der jetzige Zustand seiner Frau hiezu die geeignetste Gelegenheit böte, — er hatte sich getäuscht.

Wahlendorf hatte seine Frau leise sondiert, aber ferverstand ihn nicht einmal. Ihr Gesicht dieses Leben und was kimmernten sie die anderen Menschen!

Er dachte nach und seine Ueberlegungen reiften zuletzt zu einem Entschlusse.

Er wollte warten, bis jene Zeit gekommen sein würde — es mußte ja notwendigerweise eine Unterbrechung dann eintreten in ihrer gewohnten Lebensweise. — Diese wollte er benutzen, Mariquita zu bestimmen, den Empfang jener Morgenbesuche und das Spiel gütlich einzustellen oder doch wenigstens einzuschränken. Er wollte sie recht herzlich darum bitten.

Sie liebte ihn — sie würde seine Worte gewiß nicht in den Wind schlagen, wenn er ihr das alles klar auseinandersetzte. Ein Diener trat herein.

Wahlendorf wandte sich langsam herum. „Jemand von der Post wünscht den Herrn Kammerherrn zu sprechen,“ meldete er.

„Bitten Sie ihn, hereinzukommen.“

Anstatt eines Beamten traten aber deren zwei ein; — einer derselben ergriff das Wort:

„Es ist ein Brief für Sie angekommen von Hoop in Amsterdam mit achtzigtausend Gulden Wertangabe an Ihre werthe Adresse, Herr Hofmarschall. Man wollte eine so große Summe dem Briefträger nicht anvertrauen.“

Er überreichte Wahlendorf, nicht ohne einen Blick der Ver-

(S.C.B.) Weihingen O.M. Ludwigsburg, 3. Juli. (Schweres Autounglück.) Anlässlich des 43. Liederfestes des Mittleren Neckar-Städte-Gaus in Weihingen holte ein Lastauto einen Gesangsverein von Weihingen bei Reutlingen ab. In Weihingen verlagte auf der steilen Straße vom Bahnhof nach dem Orte die Bremse. Das hintere Autorad blieb an einem Randstein hängen, das Auto selbst schlug um. Kurz vorher hatten zwei von den etwa 20 Insassen versucht, sich durch Abspringen zu retten. Sie mußten den Versuch mit dem Leben bezahlen. Die anderen Insassen wurden gegen die Schloßmauer geschleudert und wurden alle schwer oder leichter verletzt. Zwei der Schwerverletzten sind gestorben. Etwa 10 Personen liegen noch schwer verletzt im Krankenhaus in Ludwigsburg. Die Zahl der Toten beträgt bisher vier, darunter soll auch eine Frau von Weihingen sein, die von dem Auto zur Seite geschleudert wurde. Das Sängerfest in Weihingen, mit dem das 30jährige Jubiläum des dortigen Gesangsvereins verbunden war, war durch diesen schweren Unfall getrübt.

(S.C.B.) Weihingen, O.M. Ludwigsburg, 3. Juli. Zu dem schweren Kraftwagenunglück am Samstagabend erfahren wir noch: Ein Lastauto von Ludwigsburg brachte etwa 30 Mitglieder des Bürgergesangsvereins Weihingen, vielfach in ihre bekannte Tracht gekleidet, zum Sängerfest nach Weihingen. Der Chauffeur war mit den Gefährlichkeiten der Straße durchaus vertraut. Beim Befahren der Steige im Ort verlagte die Handbremse und bald auch die Fußbremse. Es begann eine rasende Fahrt straßenabwärts. Ein an der Straße stehender Güllenwagen wurde erfasst, das Faß hinausgeschleudert, daß es zerbrach, eine Kuh zu Boden geworfen. In Jidackurs rannte der Wagen von einer Seite der Straße zur anderen. Dabei machten mehrere Insassen den Versuch, abzuspringen. Zwei davon wurden dabei getötet, ein Dritter so schwer verletzt, daß er am Sonntag in Ludwigsburg starb. Mehrere Häuser wurden angefahren. Der Fahrer steuerte schließlich bei der scharfen Kurve am Schloß in einen Hof, fuhr auf eine Dungstätte, wo sich der Wagen überschlug. Kurz zuvor waren die meisten Insassen durch Anprall an eine Mauer herausgeschleudert worden. Dabei wurden 7—8 Personen schwer verletzt, die übrigen 16 leicht. Die Landwirtschenschaftswirte von hier wurde von dem Wagen, dem sie nicht mehr ausweichen konnte, erfasst, schwer verletzt und starb später. Tot sind weiter der 20 Jahre alte Mechaniker Richard Weible, der verst. Werkführer Ludwig Dorn der 28 Jahre alte Optiker Fritz Schlotterbeck. Bei den Verwundungen herrschen Glieder- und Schädelbrüche vor, doch soll für keinen Lebensgefahr bestehen. Die Bewohner von Weihingen, die eben bei einer Kriegergedächtnisfeier waren, leisteten sofort Hilfe. An der Unfallstelle selbst wurden 2200 M. ersammelt. Eine Schuld scheint niemand zu treffen. Besonders schwer ist die Familie Weible betroffen, die ihren Sohn verloren hat und ein anderer verletzt ist. Zwei Söhne hat sie im Krieg verloren.

(S.C.B.) Forstheim, 1. Juli. (Töblicher Unfall.) Ein Radfahrer namens Doll fuhr den Weiberberg herunter und stieß so heftig gegen den aus einem Laden kommenden 65 Jahre alten Eisfabrikanten Otto Schirmermeister, daß dieser schwer zu Boden stürzte. Schirmermeister schlug mit dem Kopfe berart auf das Pflaster auf, daß nach kurzer Zeit der Tod eintrat. Doll schlug sich beim Zusammenstoß die Zähne aus, auch trug er noch andere Verletzungen davon. Der Vorfall ist wieder eine Warnung vor unvorsichtigem Radfahren.

(S.C.B.) Weinsberg, 3. Juli. Auf dem Sommerfest der Demokraten des fränkischen Wahlkreises in der Bildhalle sprach Staatspräsident Dr. Heber. Er ging zuerst auf die Ermordung Rathenaus ein, die eine Tragik für das deutsche Volk bedeute. Die innere Reifigkeit sei ohne Beispiel in der deutschen Geschichte. Keinem, der sich zum deutschen Staat bekenne, dürfe das Merkmal national abgeprochen werden. Wir würden in einer Art geistigen Bürgerkriegs leben, weil das Wort national zum Schlagwort geworden sei. Alle Krankheitserscheinungen seien auf das Diktat von Versailles zurückzuführen. Bezüglich der Demonstrationen mahnte der Staatspräsident an die Pflicht der Führer, dafür zu sorgen, daß Ausschreitungen vermieden werden. Etwas Positives komme dabei nicht heraus, nur die Leidenschaften würden neu aufgepeitscht und die wirtschaftliche Zerrüttung noch schlimmer als vorher. Der Gedanke der Selbsthilfe sei im demokratischen Staat abzulehnen. Gegenüber den

wunderung oder vielleicht des Neides auf jenen zu werfen, ein dickes Paket.

Dem Hofmarschall stieg ein wenig das Blut zu Kopfe. Er hatte sich schon Sorge gemacht — gottlob, nun waren dieselben völlig unnötig.

Er betrachtete die Siegel und unterschrieb die Quittung. Er trat hernach schnell und etwas aufgeregt an das Fenster, als jene Männer hinausgegangen waren, und öffnete mit einer Schere das große Kuvert.

Seine Stirn war gerötet und seine Hände hasteten sich. Seine Sorge von vorhin war für den Augenblick vergessen. Achtzigtausend Gulden — das war ein ganzes Vermögen, und er durfte diese ganze Summe in einem Jahre ausgeben! — Unter der Wucht dieser kolossalen Summe erschien ihm das Betragen seiner Frau in einem mildern Lichte.

Im Fluge fuhr ihm hiebei der Gedanke durch die Seele, daß es seine Pflicht wäre, nun als Vater bald für sein Kind ausreichend zu sorgen, Grundbesitz zu erwerben, nicht das ganze Geld auszugeben, sondern sich ein gewisses Budget zu machen, ein guter Wirt zu werden. Man konnte ja als Grandseigneur leben wie bisher, ohne gerade ein Verschwenker zu sein.

Er hatte mittlerweile das dicke Leinwandkuvert an der einen Seite vollends auseinandergetrennt und zog nun den Inhalt aus demselben hervor. Dieser bestand in einem von einem Faden kreuzweis umwundenen Paket und zwei Briefen.

„An meinen Herrn Schwiegerohn!“ stand auf dem einen derselben. Wahlendorf erbrach ihn und überflog ihn mit den Augen. Er war französisch geschrieben und aus New-Orleans datiert. — Die erste Seite betraf die zu erwartende Vermehrung der Familie; der alte Marquis sprach seine Genugtuung darüber aus, Großvater zu werden und die Hoffnung, es möge ein Sohn sein. Dann kamen allerhand Nachrichten über seine

heutigen Erscheinungen müßten Schutzgesetze geschaffen werden. Die Beamten müßten sich bewußt sein, daß sie den Eid auf die Verfassung geschworen haben und bereit sein, sie gegen jeden Angriff in Wort und Tat zu schützen. Frau Abg. Schni sprach für die Frauen und begründete die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Frau. Abg. Scheef behandelte weitere politische und kulturelle Aufgaben der Demokratie und die Arbeiten des Würt. Landtags.

(S.C.B.) Wehingen, 2. Juli. (Steinkreuz.) Diesen Denkmälern aus alter Zeit droht mancherlei Gefahr, doch haben sie auch noch Freunde. So wurde schon vor Jahrzehnten der Hirtstein bei Obermaßholberbach—Wesernbach durch einen Schullehrer vor dem Zertrümmertwerden gerettet, ebenso der Hirtstein bei Stolzen-Mehrdorf, der schon 400 Jahre alt ist. Nun wurde im vergangenen Frühjahr auch das umgestürzte Steinkreuz bei Schwöllbronn wieder aufgerichtet und in dieser Woche ein solches am Maßholberbacher „Weinbergweg“ (Weinbergweg), dem Wesselsbacher Kirchwegle. Beide auf Veranlassung der betr. Ortsvorsteher.

(S.C.B.) Ulm, 1. Juli. (Die Zeitungsnote.) Die „Ulmener Zeitung“, die vor 32 Jahren gegründet wurde, hat am 1. Juli ihr Erscheinen eingestellt.

Landtag.

Vom Steuerauschuß.

(S.C.B.) Stuttgart, 1. Juli. Der Steuerauschuß legte heute die Beratung des Katastergesetzes bei Artikel 3 fort. Art. 3 wurde mit einer kleinen Aenderung nach der Regierungsvorlage einstimmig angenommen. Zu Artikel 4 wurde ein dem Standpunkt der Regierung entsprechender Antrag Scheef gestellt, der die folgende Fassung vorschlägt: Die Höhe der zu entrichtenden Steuer (Steuersatz) wird für jedes Rechnungsjahr durch das Staatshaushaltsgesetz bestimmt. Der 2. Halbjahr des Entwurfs soll nach dem Antrag des Berichterstatters entgegen der Auffassung der Regierung gestrichen werden. Absatz 2 soll folgende Fassung bekommen: Das Grundkataster ist diesem Steuersatz mit Zuschlägen zu unterstellen, die für jedes Rechnungsjahr durch Gesetz bestimmt werden und dem im vorausgegangenen Ernte- und Wirtschaftsjahr nach dem Landesdurchschnitt erzielten Reinertrag anzupassen sind. Die Zuschläge sind nach voll erreichten Hundertsätzen festzusetzen. Diese sollen zu dem Grundkataster in demselben Verhältnis stehen, in dem der Geldbetrag des im Landesdurchschnitt erzielten Reinertrags zu dem Geldbetrag des der Feststellung des Reinertrags zugrunde gelegten Geldbetrags steht. Außerdem sollen in Absatz 3 wie schon in Absatz 2 die Worte „besonders“ gestrichen werden. Weiter liegt ein Antrag Strebel vor, in Absatz 2 die Worte „im vorausgegangenen Erntejahr“ zu ersetzen durch die Worte „in den vorausgegangenen 10 Erntejahren“; außerdem ein Eventualantrag zum Antrag Scheef, Satz 2 und 3 wie folgt zu fassen: Die Zuschläge sind dem in den letzten 10 Wirtschaftsjahren nach dem Landesdurchschnitt erzielten Reinertrag anzupassen, wobei jeweils das dem neuen Jahr unmittelbar vorausgegangene Jahrzehnt zugrunde zu legen ist. Es fand eine eingehende Erörterung der beiden Anträge statt, doch wurde die Abstimmung auf die nächste Sitzung zurückgestellt, um noch Gelegenheit zur Klärung dieser Frage zu geben. Artikel 5, 6 und 7 wurden im wesentlichen nach der Regierungsvorlage einstimmig angenommen. Bei Artikel 5 wurde bei Absatz 7 nach den Worten „erlassen“ eingefügt: oder niedergeschlagen wird. Bei Artikel 8 wurde von Seiten des Berichterstatters im Einvernehmen mit der Regierung beantragt, die Fassung des Artikels 1 dahin zu ändern, daß das Ergebnis der steuerbaren Grund- und Gewerbeerträge und der Gebäudesteueransätze jedem Steuerpflichtigen schriftlich oder mündlich bekannt zu geben ist, wobei er zugleich über das Rechtsmittel des Einspruchs und der Frist dafür zu belehren ist. Der Regierungsentwurf hatte bisher die Bekanntgabe mittels verschlossener Zuschrift vorgesehen. Diese Bestimmung wurde sämtlich mit Rücksicht auf die damit verbundenen Kosten bemängelt. Der Antrag des Berichterstatters fand seinen Widerspruch. Fortsetzung: Dienstag nachmittag 3 Uhr.

eigene Person, — das Geschäft ginge träge und wiederliche sich schwer ab, klagte er.

Wahlendorf mußte unwillkürlich lächeln. Er sendet achtzigtausend Gulden und spricht von schlechten Zeiten, dachte er; — nun, ich sollte meinen, die kann man sich schon gefallen lassen.

Welch ein unermeßliches Vermögen mußte doch sein Schwiegervater besitzen! Plötzlich aber wurde sein Auge starr, seine Pupille fixierte sich auf einen Punkt, er wurde bleich und wankte, der starke Mann. Er sah aus, als bläute er plötzlich in einen Abgrund, er prallte förmlich zurück.

Was er las, war allerdings auch überraschend, — niederschmetternd. Er hatte nicht nach Geld gefragt, er hatte Mariquita aus Liebe zu seinem Weibe genommen, aber er hatte bisher geglaubt, der Mann einer reichen Frau zu sein, der Schwiegerohn eines Millionärs. Er hatte sich an diesen Gedanken gewöhnt, darnach gelebt und seinen Hausstand eingerichtet.

Jetzt mit einem Male und ohne jeden vermittelnden Uebergang erfuhr er, daß man ihn und daß er sich selbst bitter getäuscht hatte.

In jenem Briefe hieß es nämlich: „Ich sende Ihnen, mein Herr Sohn, einlegend einen Scheck in der Höhe von zehntausend Gulden mit der Bitte, diese in die Wiege Ihres ersten Kindes zu legen. Es ist mir schwer geworden, das Geld zu erhalten, denn Kossa ist im Augenblick rat. Wir befinden uns hier einmal wieder in einer Affäre, die Unruhen nehmen kein Ende und die Zustände sind im höchsten Grade ungewiß, vor allem dort oben in den Minen. Man hat Mühe nur so viel Arbeiter zu bekommen, daß die Pumpwerke wenigstens im Gang bleiben und nicht alles erfäuft.“

(Fortsetzung folgt.)

